



Anfrage Fanaj Ylfete und Mit. über das Vertrauen in die Finanzpolitik

eröffnet am 19. Juni 2017

Am 21. Mai 2017 wurde die Steuererhöhung auf 1,7 Einheiten abgelehnt. Viele Reaktionen zeigen, dass ein Grund für ein Nein auch ein allgemeines Misstrauen war gegenüber der Regierung und einer Finanzpolitik, welche schon seit Längerem ihre Versprechungen nicht einlöst. Auch schon bei anderen Gelegenheiten und wieder im Vorfeld der Abstimmung wurden das Kommunikationsverhalten und die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung, insbesondere auch des Finanzdirektors, kritisiert. In der Bevölkerungsbefragung 2015 waren mehr als die Hälfte der Luzernerinnen und Luzerner der Meinung, dass die Regierung nicht oder nur mässig gut über politische Themen orientiert. Das Vertrauen in die Luzerner Politik schwindet in der Bevölkerung immer mehr und mehr.

Daraus ergeben sich für die SP-Fraktion folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie beurteilt die Regierung ihre Kommunikation über die letzten zwölf Monate hinsichtlich der Finanzpolitik?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat das offensichtlich verschwundene Vertrauen in die Regierungstätigkeit und insbesondere in die Luzerner Finanzpolitik wiederherzustellen? Denn auch in der AFP-Periode 2018–2021 werden die finanziellen Herausforderungen wiederum gross sein.
3. Welche Konsequenzen in der Kommunikation mit der Bevölkerung, mit dem Personal, den Gemeinden, verschiedenen Verbänden und den politischen Parteien zieht die Regierung nach der Ablehnung der Steuererhöhung vom 21. Mai?
4. Werden die Resultate der Bevölkerungsbefragung zu den Beweggründen für die Ablehnung der Steuererhöhung im Detail veröffentlicht? Wann und wie ist dies geplant?

Fanaj Ylfete

Meyer Jörg

Ledergerber Michael

Budmiger Marcel

Truttmann-Hauri Susanne

Sager Urban

Pardini Giorgio

Candan Hasan

Zemp Baumgartner Yvonne

Odermatt Marlene

Fässler Peter

Schuler Josef

Meyer-Jenni Helene

Schneider Andy

Roth David